

# WERTLOSE WERTE – UND WERTVOLLE

Die Große Koalition will sich an den Werten der Bürger orientieren. Dabei kann sie nicht davon ausgehen, die richtigen Werte vorzufinden. Politik muss den Menschen auch Wertorientierung geben. Sie muss sich auf einen Diskurs einlassen – und für die richtigen Werte argumentieren.

AUTOREN: TOBIAS HÜRTER UND THOMAS VAŠEK

**D**as politische Deutschland des Jahres 2014 ist zuallererst GroKo-Land. Was das konkret bedeutet, weiß noch niemand. Wer wissen will, was es bedeuten könnte, kann im aktuellen Koalitionsvertrag nachschauen, den die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD am 16. Dezember letzten Jahres unterschrieben haben. Auf dessen 185 Seiten steht alles Mögliche, eines aber fällt auf: die Rede von den Werten. In der Präambel kündigen die Unterzeichner an, sich bei ihrer Außenpolitik von den »Werten und Interessen unseres Landes« leiten zu lassen. Sie beschwören Werte wie »gute Arbeit, ein gutes Einkommen, Gesundheit«, aber auch immaterielle Werte wie »Familie, Freunde und Freiheit«, und beteuern, ihr »Regierungshandeln stärker

an den Werten und Zielen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten« zu wollen.

Werte, Werte, Werte. Klingt erst mal gut, ist aber fragwürdig. Werte variieren von Mensch zu Mensch, von Zeit zu Zeit, von Kultur zu Kultur. Wenn die Regierenden ankündigen, ihr Regieren an den Werten der Regierten ausrichten zu wollen, welche Werte meinen sie dann damit? 80 Millionen verschiedene?

Politik besteht wesentlich darin, im Diskurs auszumachen, welche Werte die richtigen sind. Sie kann nicht davon ausgehen, die richtigen Werte fertig vorzufinden, bereit zur Verwirklichung. Es ist mindestens ebenso ihre Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern eine Wertorientierung zu geben, wie sich an deren Werten zu orientieren. Wenn die Politik nur den Werten der Bürger folgt, also das tut, was die Menschen irgendwie »wichtig« finden, verhält sie sich populistisch.

*Verschiedene Menschen, verschiedene Werte – aber das heißt nicht, dass Werte beliebig sind. Der kürzlich verstorbene amerikanische Philosoph Ronald Dworkin (1931–2013) verfocht die These, dass es einen harten Kern universeller Werte gibt, die in sich schlüssig sind, einander sogar stützen. Wertekonflikte sind demnach ein Indiz dafür, dass man den Werten noch nicht auf den Grund gegangen ist. Wenn etwa Freiheit und Sicherheit scheinbar im Konflikt stehen, dann müssen wir beide Werte eben so definieren, dass sie zusammenpassen. Politik ist Wertfindung – das sollte sie sein. Folgt man Dworkin, haben Werte einen objektiven Status. Ungerechtigkeit oder Grausamkeit sind auch dann etwas Schlechtes, wenn das niemand glaubt. Werte gelten unabhängig von der jeweiligen Perspektive. In gewisser Weise sind Werte sogar besonders absolut in ihrer Absolutheit, denn ihre Gültigkeit hängt nicht davon ab, wie die Dinge in der Welt liegen. »Wie die Welt ist, ist für das Höhere vollkommen gleichgültig«, schreibt Ludwig Wittgenstein (1889–1951) in seinem »Tractatus Logico-Philosophicus«. Werte liegen außerhalb der Welt, in der sich unser körperliches und geistiges Leben abspielt. »Die Ethik ist transcendental«, schreibt Wittgenstein im »Tractatus«. Wenn die Politik sich an die Werte wagt, ist auch sie transzendental. Politik ist also Wertfindung. Aber Werte sind nicht einfach Tatsachen. Nach Dworkin kann man sie weder wissenschaftlich entdecken noch beweisen, sondern nur Argumente für sie liefern, indem man sie interpretiert. Genau das ist auch eine Aufgabe der Politik. Genauer gesagt: Politiker spielen eine herausgehobene Rolle im Prozess der Wertfindung. Dabei können sie den Menschen, die sie gewählt haben, diese Werte natürlich nicht einfach diktieren. Sie müssen sich einlassen auf den Diskurs mit den Menschen – überzeugen und sich überzeugen lassen. Wertfindung ist ein intersubjektiver, diskursiver Prozess. Warum sollten die Großkoalitionäre den Werten folgen, die sie in ihrem Vertrag nennen? Weil diese Werte schon in ihren Parteiprogrammen standen und die Wähler sie gewählt haben, könnten sie sagen. Aber das wäre ein schlechtes Argument. Mehrheitsvoten rechtfertigen keine Werte. Dworkins Prinzip der Einheit der Werte weist den Weg: Zu den richtigen Werten kommt man, indem man Stück für Stück, Argument für Argument, ein schlüssiges,*

## **POLITIKER KÖNNEN WERTE NICHT DIKTIEREN. SIE MÜSSEN SICH AUF EINEN DISKURS MIT DEN MENSCHEN EINLASSEN.**

*sich selbst tragendes Wertesystem errichtet. Allerdings liegt in einer »wertorientierten« Politik auch die Gefahr einer »Tyrannei der Werte«, auf die der Staatstheoretiker Carl Schmitt (1888–1985) in seiner gleichnamigen Streitschrift hingewiesen hat. »Wer Wert sagt, will geltend machen und durchsetzen. Tugenden übt man aus, Normen wendet man an, aber Werte werden gesetzt und durchgesetzt. Wer ihre Geltung behauptet, muss sie geltend machen. Wer sagt, dass sie gelten, ohne dass ein Mensch sie geltend gemacht hat, will betrügen.« In Schmitts Polemik steckt ein wahrer Kern: Werte können auch ein Instrument der Unterdrückung und Ausgrenzung sein, man denke an die Beschwörung abendländischer oder christlicher Werte gegen die »Islamisierung« Europas. Ebenso problematisch ist der Begriff der »Leitkultur«, der einen angeblichen gesellschaftlichen Wertekonsens beschreiben sollte. Die Berufung auf Werte kann auch sachpolitische Problemlösungen nicht ersetzen – und in vielen Fällen sollte sie es auch nicht. Eine »wertorientierte« Politik ist deshalb kein Gegensatz zu einer »pragmatischen« Politik. Vielmehr misst sich die Tragfähigkeit von Werten auch daran, dass sie zur Lösung sachpolitischer Probleme beitragen. Insofern muss die Politik die Werte nicht nur miteinander in Einklang bringen, sondern auch mit den sachlichen Erfordernissen. Um eine »Tyrannei der Werte« zu verhindern, brauchen wir eben die demokratische Diskussion. Wir wünschen uns, dass 2014 das Jahr des konstruktiven Wertediskurses wird.*

.....

**TOBIAS HÜRTER UND THOMAS VAŠEK**  
werten manchmal schneller, als sie denken.